NEWSLETTER

Mai 2022

Landesseniorenrat Thüringen

Inhalt:

- 1. Neues aus dem Landesseniorenrat und seiner Geschäftsstelle
- 2. Aktuelles aus der Bundesebene
- 3. Aktuelles aus der Landesebene
- 4. Aktuelles aus den Kommunen

1. NEUES AUS DEM LANDESSENIORENRAT UND SEINER GESCHÄFTSSTELLE

Veranstaltungsrückblick

LSR-Sitzung

Die erste Mitgliederversammlung des Jahres 2022 musste coronabedingt leider online stattfinden. Zu Gast waren Frank Schulze, Abteilungsleiter Soziales des TMASGFF und Ronald Lutz, Professor für Soziologie. Es entwickelten sich spannende Diskussion um das "Leben nach Corona". Insbesondere mit Blick auf die Intensität der jetzt vorherrschenden Krisen: Corona-Krise, Klima-Krise und der Krieg gegen die Ukraine.

Fachtagung ,Digitale Teilhabe älterer Menschen'

Ende April fand in Weimar die Fachtagung zum Thema Digitalisierung statt. Neben einem fachlichen Input zum Stand der Digitalisierung älterer Menschen, hielt der Vormittag spannende Einblicke aus ausgewählten Projekten in Deutschland bereit. Vorgestellt wurden Projekte aus Bremen, Hessen und Thüringen. Nachmittags wurde in einer Podiumsdiskussion zu konkreten Handlungsmöglichkeiten in Thüringen gesprochen.



Workshop ,Rund ums Ehrenamt'

Der Workshop gab den Teilnehmerinnen und Teilnehmern einen guten Überblick zu Daten und Fakten zum Ehrenamt und dessen Entwicklung in den letzten Jahren. Aber auch der Erfahrungsaustausch zwischen den Teilnehmer*innen war ein großer Bestandteil der Veranstaltung. Nachmittags wurde über Gewinnungsstrategien von Ehrenamtlichen gesprochen, um eine ansprechende Engagementkultur in den Kommunen zu etablieren.

Veranstaltungshinweise

- 14. Juni: Sozialgipfel, Landtag Thüringen
- 23. Juni: LSR-Sitzung, Marie-Seebach-Stiftung, Weimar
- 28. Juni: Fortbildung ,Demokratische Praxen', Marie-Seebach-Stiftung, Weimar
- 23. August: Workshop ,Netzwerkarbeit', Haus des Thüringer Sports, Erfurt

Für nähere Informationen wenden Sie sich bitte an die Geschäftsstelle.

Ersthelferausbildung für psychische Gesundheit

Mitarbeiter*innen der Geschäftsstelle haben einen Kurs als Ersthelfer für psychische Gesundheit absolviert. Diesen Kurs kann man sich als ein Pendant zu den Erste-Hilfe-Kursen vorstellen, bezogen allerdings auf psychische Erkrankungen wie Depressionen, Demenzen, Angststörungen, Suizidgefährdungen usw. Die Ausgebildeten sollen durch diesen Kurs in die Lage versetzt werden, bei psychischen Erkrankungen "erste Hilfe" zu leisten.

Da psychische Erkrankungen (im Alter) zunehmen, sind solche Ersthelfer von grundlegender Bedeutung, um in Notfällen oder bei Leidensdruck von Menschen zu helfen.

Wenn Mitglieder aus Seniorenbeiräten Interesse an solchen Kursen haben, kann die Geschäftsstelle entspre



Viktoria Kißlinger verabschiedet sich in den Mutterschutz

Viktoria Kißlinger, Referentin beim Landesseniorenrat Thüringen geht ab Mitte Juni 2022 in Mutterschutz und Elternzeit. Ab März 2023 wird sie wieder in der Geschäftsstelle vertreten sein und freut sich auf die Zusammenarbeit mit allen Engagierten!

2. AKTUELLES AUS DER BUNDESEBENE

BAGSO Dokumentation des 13. Seniorentages

"Wir. Alle. Zusammen." war das Motto des 13. Deutschen Seniorentages vom 24. bis 26. November 2021. Vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie musste die Veranstaltung kurzfristig in digitaler Form durchgeführt werden.

Die BAGSO hat eine Zusammenstellung der Ergebnisse des 13. Seniorentages publiziert. Sie kann über das Internet abgerufen werden.



Zum Download:

https://www.bagso.de/publikationen/dokumentation/kurzdokumentation-13-deutscher-seniorentag-2021/

BAGSO bezieht Stellung zur Energiepauschale

In der Pressemitteilung mit der Überschrift 'Ältere Menschen bei Energiepauschale nicht übergehen! BAGSO appelliert an Mitglieder des Deutschen Bundestages' heißt es:

"Der Deutsche Bundestag wird in dieser Woche über das Steuerentlastungsgesetz 2022 abstimmen, dass für Berufstätige eine einmalige Energiepreis-Pauschale von 300 Euro vorsieht. Rentnerinnen und Rentner sollen eine solche Pauschale nicht erhalten. Die BAGSO -Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen protestiert gegen diese Ungleichbehandlung. In einem Brief an die Mitglieder im Finanzausschuss des Deutschen Bundestages heißt es: "Warum soll ein Gutverdiener eine Einmalzahlung von 300 Euro zum Ausgleich für gestiegene Kosten erhalten, die Rentnerin mit Alterseinkünften knapp über Grundsicherungsniveau nicht." Als Interessenvertretung der älteren Generationen bezeichnet die BAGSO die Regelung als vollkommen unverständlich und nicht akzeptabel. "Höhere Heiz- und Stromkosten treffen Rentnerinnen und Rentner im Zweifel sogar mehr als Beschäftigte, die tagsüber nicht zu Hause sind. Gerade Menschen mit kleinen Renten sind in der aktuellen Situation auf Unterstützung angewiesen", heißt es wörtlich in den Schreiben. Auch der Verweis auf aktuelle Rentenerhöhungen rechtfertigt nach Ansicht der BAGSO diese Entscheidung nicht. Die jährliche Rentenanpassung ist den Bezieherinnen und Beziehern gesetzlich zugesichert und orientiert sich an der Entwicklung der Arbeitnehmereinkünfte im Vorjahr. "Niemand käme ernsthaft auf die Idee, bei den nun begünstigten Berufstätigen danach zu unterscheiden, wer in 2022 von einer Tariferhöhung profitiert und

Die Pressemitteilung finden Sie unter:

https://www.bagso.de/spezial/aktuelles/detailansicht/ael-tere-menschen-bei-energiepauschale-nicht-uebergehen/

wer nicht", so die BAGSO. Das Steuerentlastungsgesetz 2022 wird am 11. Mai 2022 im Finanzausschuss beraten und liegt am 12. Mai 2022 dem Bundestag zur Entscheidung vor."

Ukraine-Krieg: BAGSO richtet neue Themenseite ein, die sich mit älteren Menschen und dem Ukraine-Krieg befasst

Im Newsletter beschreibt die BAGSO die Themenseite folgendermaßen: "Dem Krieg in der Ukraine sind alle Menschen vor Ort ausgeliefert. Die Sorge der BAGSO gilt besonders den älteren Menschen im Kriegsgebiet. Eine neue Themenseite auf www.bagso.de bündelt hilfreiche Informationen: Berichte, wie es älteren Menschen in der Ukraine ergeht, Tipps, wie man helfen und sich engagieren kann und Solidaritätsbekundungen der Seniorenorganisationen. Außerdem sammelt sie Unterstützungsangebote für ältere Menschen in Deutschland, bei denen der Ukraine-Krieg Erinnerungen und Ängste weckt."

Zur Themenseite:

https://www.bagso.de/themen/ukraine-krieg

Krieg gegen die Ukraine: BMAS und BMG richten neue Kontaktstelle für geflüchtete Menschen mit Behinderungen und Pflegebedürftige aus der Ukraine ein

Das Projekt wird auf der Seite des BMAS folgendermaßen beschrieben:

"Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales und das Bundesministerium für Gesundheit haben heute eine neue Kontaktstelle für aus der Ukraine geflüchtete Menschen mit Behinderungen und Pflegebedürftige geschaffen. Für die Federführung konnte mit dem Deutschen Roten Kreuz ein Partner mit einschlägiger Expertise und den notwendigen Kontaktnetzwerken gewonnen werden. Eine vorausschauende Planung passender Hilfsangebote ist notwendig, um die je nach Einzelfall häufig komplexen Hilfebedarfe decken zu können."

Kontakt zur Bundeskontaktstelle:

Tel: 030 - 85 404 789 (von 9 bis 17 Uhr)

Webseite: https://drk-wohlfahrt.de/bundeskontaktstelle/

Pressemitteilung zu Kontaktstelle: https://www.bmas.de/ DE/Service/Presse/Pressemitteilungen/2022/kontaktstelle-fuergefluechtete-ukrainer-mit-behinderungen.html

Zivilgesellschaft fordert von Vereinten Nationen entschiedenen Einsatz gegen Altersdiskriminierung

Die BAGSO – Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen fordert zusammen mit hunderten zivilgesellschaftlichen Organisationen aus aller Welt eine UN-Konvention für die Rechte älterer Menschen. Sie rufen die Offene Arbeitsgruppe zu Fragen des Alterns auf, deren Sitzung am 11. April in New York beginnt, eine Altenrechtskonvention auf den Weg zu bringen. Eine UN-Konvention würde ältere Menschen ein rechtliches Instrument an die Hand geben, um gegen Altersdiskriminierung vorzugehen.

Weitere Informationen über die BAGSO

https://www.bagso.de/themen/ internationale-altenpolitik/ rechte-aelterer/menschenrechtesichern/

DigitalPakt Alter fördert 50 weitere Erfahrungsorte

Angebote zum digitalen Kompetenzerwerb für ältere Menschen vor Ort

Anlässlich des Tages der älteren Generation benennt die Initiative DigitalPakt Alter 50 weitere Erfahrungsorte, die ältere Menschen beim Umgang mit dem Tablet oder den ersten Schritten ins Internet begleiten. Die zunehmende Digitalisierung aller Lebensbereiche stellt viele ältere Menschen vor neue Herausforderungen. Der Umgang mit digitalen Anwendungen muss häufig in Eigeninitiative erlernt werden, oftmals fehlt auch das Geld für die Anschaffung digitaler Geräte. 2021 haben die ersten 100 Erfahrungsorte bereits über 6.000 Seniorinnen und Senioren geschult. Mit 50 weiteren Erfahrungsorten soll mehr älteren Menschen das Erlernen digitaler Kompetenzen niedrigschwellig und kostenlos ermöglicht werden.

Erfahrungsorte: https://www.digitalpakt-alter/erfahrungsorte-1/

Weitere Informationen zum Digitalpakt siehe: <u>www.digital-pakt-alter.de</u>

VdK-Pflegestudie: Pflege zu Hause - zwischen Wunsch und Wirklichkeit

Zum dritten Zwischenbericht schreibt die BAGSO in ihrem Newsletter: "Der Sozialverband VdK hat zum Start seiner Kampagne #naechstenpflege die Ergebnisse seiner Pflegestudie vorgestellt. Er will Pflegenden und Gepflegten mehr Gehör verschaffen und hat seine sozialpolitischen Forderungen an die Politik auf seiner Kampagnen-Seite veröffentlicht – provokant bebildert mit digital gealterten Portraits des Bundeskanzlers, des Bundesgesundheitsministers und der Bundesseniorenministerin."

Zur Studie: https://www.vdk-naechstenpflege.de/wp-content/uploads/2022/05/
VdK-Pflegestudie Hochschule
Osnabrueck 9-5-2022.pdf

Webseite der Kampagne: https://www.vdk-naechsten-pflege.de/

Lisa Paus ist neue Bundeseniorenministerin

Die BAGSO kommentiert die Ernennung in ihrem Newsletter mit folgenden Worten: "Lisa Paus (Bündnis 90/Die Grünen) wurde am 25. April 2022 im Bundestag als Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend vereidigt. Die bisherige Finanz- und Wirtschaftspolitikerin hat angekündigt, sich vor allem für mehr soziale Gerechtigkeit einzusetzen. In der Seniorenpolitik will sie Einsamkeit vorbeugen und bekämpfen, die digitale Teilhabe älterer Menschen verbessern, Pflege und Beruf besser miteinander vereinbar machen und ein solidarisches Miteinander der Generationen fördern. "Gerade jetzt in Zeiten des Ukraine-Krieges und der anhaltenden Corona-Pandemie kommt es mehr denn je darauf an, dass wir als Gesellschaft zusammenhalten. Dafür gibt es jede Menge zu tun und ich werde als Familienministerin mit voller Kraft dazu beitragen", erklärte Lisa Paus zu ihrem Amtsantritt."

Zur Pressemitteilung des BMFSFJ: https://www.bmfsfj.de/ bmfsfj/aktuelles/presse/pressemitteilungen/lisa-paus-uebernimmt-amt-der-bundesfamilienministerin-196218

Pressestatement von Lisa Paus: https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/mediathek/lisa-paus-soziale-gerechtigkeit-treibt-michan-196282

BIVA kritisiert Impfpflicht-Ablehnung

In der Pressemitteilung des BIVA-Pflegeschutzbundes heißt es hierzu:

"Bonn. Nach dem Aus für die allgemeine Impfpflicht werden Heimbewohnerinnen und -bewohner noch länger Grundrechtseinschränkungen ertragen müssen, fürchtet der BIVA-Pflegeschutzbund. "Die individuelle Freiheit, sich nicht impfen zu lassen, darf nicht wichtiger sein als die Grundrechte der Schwächsten in der Gesellschaft", so Dr. Manfred Stegger, Vorsitzender des Verbraucherschutzvereins. Stegger warnt davor, jetzt auch an der einrichtungsbezogenen Impfpflicht zu rütteln. Ohne Impfpflicht wird die im Herbst erwartete Corona-Welle deutlich heftiger ausfallen und zu neuen Einschränkungen führen. Diese werden, wie in jeder Infektionswelle zuvor, zuerst und am härtesten die Pflegeheimbewohner treffen. Im Gegensatz zum Rest der Gesellschaft sind Heimbewohnerinnen und -bewohner auch heute noch von Grundrechtseinschränkungen betroffen. Im Beratungsdienst des BIVA-Pflegeschutzbundes gibt es immer noch viele Berichte über Quarantänen oder Besuchsverbote und -einschränkungen. "Zum wiederholten Mal wurde eine Möglichkeit verpasst, sich solidarisch mit den Schutzbedürftigen zu zeigen." kritisiert Stegger. Mit Sorge beobachtet Stegger, dass nun auch die vorher beschlossene einrichtungsbezogene Impfpflicht in Frage gestellt wird. Damit würde das Coronavirus noch häufiger in die Pflegeheime getragen und die Zahl der Corona-Toten dort weiter ansteigen. Zwangsläufig käme es auch wieder zu harten Kontakteinschränkungen für Pflegebetroffene mit den bekannten folgenschweren Auswirkungen auf die psychische Gesundheit. Das wäre ein fataler Zickzack-Kurs in Sachen Impfpflicht. "Ein bereits beschlossenes Gesetz wieder rückgängig zu machen, wäre ein neuer Tiefpunkt, den wir unbedingt vermeiden müssen", fordert Stegger."

Zur Pressemitteilung:

https://www.biva.de/presse/ biva-kritisiert-aus-fuer-allgemeine-impfpflicht/

Studie zu Erwerbsarbeit im Ruhestand

Das Deutsche Zentrum für Altersfragen (DZA) hat sich mit den Motiven für Arbeit im Rentenalter auseinandergesetzt. In der Pressemitteilung zur Studie heißt es:

"Arbeit im Ruhestand: wahrscheinlicher mit hoher Bildung, Beschäftigung bis Renteneintritt & niedrigem Haushaltseinkommen

Soziale und wirtschaftliche Unterschiede beeinflussen, ob Rentenbeziehende weiterhin einer Erwerbsarbeit nachgehen oder nicht. Das zeigt eine gemeinsame Studie des Instituts für Arbeitsmarktforschung (IAB) und des Deutschen Zentrums für Altersfragen (DZA) auf Grundlage einer Befragung von erwerbstätigen und nicht mehr erwerbstätigen Rentner*innen/Pensionär*innen. Die Wahrscheinlichkeit einer Erwerbsbeteiligung bei Rentenbezug stieg dabei mit dem Bildungsniveau, einer Beschäftigung bis zum Renteneintritt, aber auch bei einem niedrigen Haushaltseinkommen.

Deutliche Unterschiede je nach sozialer Lage sind sowohl im Vergleich innerhalb der Gruppe der noch Erwerbstätigen, als auch im Vergleich mit den nicht mehr Erwerbstätigen sichtbar.

Wie zu erwarten spielt die Einkommenslage eine Rolle. [...] "Die Motive und die Voraussetzungen für Erwerbsarbeit im Ruhestand sind in verschiedenen sozialen Gruppen unterschiedlich", sagt Laura Romeu Gordo vom DZA. Und "Obwohl Erwerbsarbeit für einen Teil der Rent-

Zur kompletten Pressemitteilung: https://www.dza.de/detailansicht/arbeit-im-ruhes-tand-wahrscheinlicher-mit-hoher-bildung-beschaeftigung-bis-renteneintritt-niedrigem-haushaltseinkommen

Kostenfreier Download der Studie: https://doku.iab.de/kurz-ber/2022/kb2022-08.pdf

ner*innen/Pensionär*innen eine Gelegenheit ist, Einkünfte aufzubessern, kann diese Aufstockung des Alterseinkommens keine dauerhafte Option und kein Ersatz für auskömmliche Alterseinkünfte sein". Die Auswertungen beziehen sich auf die Altersgruppe der 65- bis 74-Jährigen. Im Jahr 2018 waren rund 15 Prozent der 65- bis 69-jährigen und rund 13 Prozent der 70- bis 74- jährigen Rentner*innen/Pensionär*innen erwerbstätig, ab einem Alter von 75 Jahren nur noch 2 Prozent. Die Studie beruht auf den Daten des IAB-Panels Arbeitsmarkt und Soziale Sicherung (PASS)."

Stellungnahme zum geplanten Demokratiefördergesetz

Die BAGSO positioniert sich in der Aktuellmeldung folgendermaßen: "Demokratieförderung bedeutet Förderung von Engagement und Teilhabe. BAGSO nimmt Stellung zum geplanten Demokratiefördergesetz

Projekte zur Prävention von Extremismus und zur Förderung der Demokratie sollen in Zukunft längerfristig, altersunabhängig und bedarfsorientierter gefördert werden. Das ist das Ziel des geplanten Demokratiefördergesetzes, das die Bundesregierung bis 2023 auf den Weg bringen will. Mehr als 200 Verbände, Organisationen und Einzelpersonen sind derzeit eingeladen, ihre Ideen einzubringen. In ihrer Stellungnahme hat die BAGSO die Bedeutung von bürgerschaftlichem Engagement und gesellschaftlicher Teilhabe als wichtigem Fundament der Demokratie herausgestellt.

Nach Ansicht der BAGSO sollten zivilgesellschaftliche Strukturen in der Breite gestärkt werden. Infrastrukturen, Netzwerke, Organisationen, niedrigschwellige Begegnungsorte sollten ebenso wie Beratungs- und Vermittlungsangebote in die Förderung einbezogen werden. Die Kommunen sind, so die BAGSO, wichtige Orte der demokratischen Teilhabe und müssen bei der Umsetzung der Ziele eingebunden werden. Generationenübergreifendes Engagement und gemeinsame Aktivitäten von Jung und Alt seien für den Zusammenhalt in einer älterwerdenden Gesellschaft von hohem Wert und sollten ebenfalls gefördert werden.

Die BAGSO setzt sich in ihrer Stellungnahme dafür ein, dass politische Bildung die Zielgruppe der Älteren einschließt und die digitale Bildung stärker mit in den Blick genommen wird. Zudem sollten Begegnungen und gemeinsame Aktivitäten verschiedener gesellschaftlicher Gruppen gefördert werden, um Vielfalt zu gestalten und Diskriminierungen jeglicher Art entgegenzuwirken. Notwendig seien auch neue Formen der politischen Teilhabe.

Die Stellungnahme der BAGSO wurde gemeinsam mit der Bundesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros e.V. (BaS) formuliert."

Online-Schulung Altersdepression für Pflegekräfte und pflegende Angehörige

Die Deutsche Depressionshilfe bietet eine kostenfreie 90 minütige Online-Schulung an, um Pflegekräften und pflegenden Angehörigen Werkzeuge beim Umgang mit Depression an die Hand zu geben. Auf Zur Aktuellmeldung:

https://www.bagso.de/spezial/aktuelles/detailansicht/demo-kratiefoerderung-bedeutet-foerderung-von-engagement-und-teilhabe/

der Webseite heißt es: "Depression und Suizidalität bei älteren pflegebedürftigen Menschen sind häufig und führen bei Pflegekräften und pflegenden Angehörigen zu Verunsicherung und emotionaler Belastung. Das Online-Schulungsangebot der Stiftung Deutsche Depressionshilfe reduziert diese Belastung, indem durch Information und praxisnahe Beispiele die Handlungssicherheit erhöht wird. Was sind Zeichen einer depressiven Erkrankung und einer Suizidgefährdung? Wie spreche ich die Pflegebedürftigen, die mir Sorge machen, an? Wer muss wie informiert werden, falls Hilfe nötig ist? Auf diese und andere Fragen gibt die Schulung Antwort."

Zur Schulung:

https://www.deutsche-depressionshilfe.de/unsere-angebote/fuer-firmen-und-organisationen/pflege-und-depression-esor

Save-the-Date: Online-Fachtag "Psyche im Alter – verstehen und verstanden werden" am 12. Oktober 2022

Die SEGA beschreibt das Ziel des Fachtages folgendermaßen: "In der Regel gehen die meisten Leute bei psychischen Erkrankungen im Alter allein von dementiellen Erkrankungen, v.a. Alzheimer Demenz aus. Im klinischen Alltag jedoch verursachen vor allem andere psychiatrische Erkrankungen im Alter viel Leid und vermindern die Lebensqualität, die teilweise sogar lebensbedrohlich im Suizid enden können. Durch diese mangelnde Berücksichtigung und Kenntnis dieser anderen psychischen Erkranungen im Alter, wie Ängste, Depressionen und Suchterkrankungen und viele andere, bleiben diese Diagnosen unterdiagnostiziert und unterbehandelt, was für Betroffenen und Angehörige sehr belastend sein kann. Dieser Fachkongress soll helfen, gerade diese Wissenslücken über diese Krankheitsbilder im Alter zu füllen und vermehrte Schlaglichter auf die Erkennung und Behandlung dieser psychischen Erkrankungen im Alter zu lenken. Dabei kann dieser Fachkongress aufgrund des umfangreichen Themenfeldes nur einen kleinen Anstoß liefern, um sich anschließend vermehrt mit dem umfangreichen Gebiet und den vielen Erkrankungen im Alter zu beschäftigen."

Anmeldung und mehr Informationen:

https://www.sega-ev.de/fachta-ge/15-sega-fachtag/

Studie zu Einschränkungen von Alltagsaktivitäten

Einschränkungen bei Alltagsaktivitäten und Unterstützungsbedarfe – Auswertungen der Studie GEDA 2019/2020-EHIS.

Die Ausübung von Aktivitäten des täglichen Lebens ist ein wichtiger Bestandteil der Funktionsfähigkeit eines Menschen. Falls Einschränkungen vorliegen, ist Unterstützung bei diesen Tätigkeiten erforderlich. Anhand von Daten der Studie GEDA 2019/2020-EHIS wird dargestellt, wie viele der in Privathaushalten lebenden Personen ab 55 Jahren in Deutschland Einschränkungen in Alltagsaktivitäten aufweisen.

Zur Studie: https://www.rki.de/ DE/Content/Gesundheitsmonitoring/Gesundheitsberichterstattung/GBEDownloadsJ/ Focus/JoHM 01 2022 Einschraenkungen Alltagsaktivitaeten. pdf? blob=publicationFile

Suizidprävention

Der Deutsche Bundestag bereitet derzeit eine Debatte um die gesetzliche Regelung des assistierten Suizids vor. Mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) zum § 217 StGB im Jahr 2020 wurde dem Gesetzgeber auch die Möglichkeit gegeben, ein Schutzkonzept für Menschen mit Suizidgedanken zu entwickeln und umzusetzen. Das Nationale Suizidpräventionsprogramm (NaSPro) hat nun gemeinsam mit der Deutschen Gesellschaft für Suizidprävention (DGS), dem Deutschen Hospiz- und PalliativVerband (DHPV) und der Deutschen Gesellschaft für Palliativmedizin (DGP) Eckpunkte für eine gesetzliche Verankerung der Suizidprävention formuliert.

Dieses Paper finden Sie auf den nebenstehenden Webseiten. Diese Empfehlung soll zeitnah an alle Abgeordneten des deutschen Bundestags versandt werden. Mehr Informationen unter:

www.koordinierung-hospiz-palliativ.de

3. AKTUELLES AUS DER LANDESEBENE

Was hält uns gesund? – Videoclip und Erklärplakat zur Gesundheitsförderung

Sie hat viele Gesichter, aber sie ist unsichtbar. Wir bekommen sie nur schwer zu fassen – weder in Worten noch in Bildern. Dabei ist sie die Voraussetzung für alles, was wir tun. Das Fundament für ein erfülltes Leben... - neugierig geworden? Dann schauen Sie schnell unter www. agethur.de/medien/filme nach! Denn die AGETHUR hat für Sie alles zusammengetragen, was es für unser Wohlbefinden braucht. Mit viel Liebe und kreativer Unterstützung der Grafikagentur Sandruschka sind daraus ein anregendes Erklärplakat sowie ein kurzweiliger Videoclip entstanden. Die beiden methodischen Hilfen sollen Sie dabei unterstützen, die Kernanliegen und fachlichen Überlegungen der Gesundheitsförderung in verschiedenen Situationen anschaulich erklären zu können. Arbeitskreise, Fachveranstaltungen und Seminare sind nur einige Beispiele, in welchen Formaten Sie die beiden Tools einsetzen können. Egal ob Sie neue Mitstreiter*innen für Ihre Ziele gewinnen oder mehr Menschen für Ihr Engagement in der Gesundheitsförderung begeistern wollen – die beiden Tools werden Ihnen dabei helfen! Das Erklärplakat sowie die Postkarte mit QR-Code zum Videoclip können Sie kostenfrei bei der AGETHUR bestellen und gern weiterreichen.





Kontakt:

Landesvereinigung für Gesundheitsförderung Thüringen e. V. – AGETHUR

Carl-August-Allee 9

99423 Weimar

Telefon: 0 36 43 / 498980

E-Mail: info@agethur.de

Antwortschreiben der Staatssekretärin Ines Feierabend

Der Landesseniorenrat hatte sich gegenüber der TMASGFF dafür eingesetzt, dass die Besuchsregeln in Pflegeeinrichtungen sich an Menschenrechten orientieren müssen. Die Antwort der Staatssekretärin Ines Feierabend finden Sie im Anhang an den Newsletter.

AGETHUR forscht nach: Standortanalyse und Bedarfserhebung gestartet

Mit Unterstützung des Instituts für Pflegewissenschaften an der Universität Bielefeld ist im April eine exemplarische Sozialraumanalyse mit integrierter Bedarfserhebung in zwei stationären Altenpflegeeinrich-

Mehr dazu lesen Sie hier:

https://agethur.de/arbeitsschwerpunkte/alter-undgesundheit/gesundheitsfoerderung-und-pflege-im-quartier tungen der Diakoniestiftung Weimar Bad Lobenstein gestartet. Mit dem Vorhaben sollen einrichtungsspezifische Erkenntnisse erlangt werden, die zur Öffnung der Einrichtungen in die angrenzenden Quartiere beitragen können.

Impulsgeber für Bewegungsförderung

Aktive Menschen bleiben laut wissenschaftlichen Studien länger gesund. Insbesondere ältere Menschen bewegen sich aber häufig zu wenig – oft, weil passende Anreize und Strukturen in ihrer Umgebung fehlen. Dabei stärkt ein bewegungsfreundliches Umfeld nicht nur die Gesundheit, Autonomie und Teilhabe von älteren Menschen, sondern verbessert die Lebensqualität für alle.

Das von der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung entwickelte, kostenfrei nutzbare Planungsinstrument "Impulsgeber Bewegungsförderung" unterstützt Akteur:innen bei der strukturierten Vorbereitung und Durchführung entsprechender Vorhaben.

Mehr dazu lesen Sie hier:

https://www.aelter-werden-in-balance.de/impulsgeber-bewegungsfoerderung/

Veranstaltungshinweise

Gesundheitsförderung 2go: Systemisches Arbeiten in Netzwerken der Gesundheitsförderung

Auch im Juni erwartet Sie ein neuer digitaler Impuls der Reihe "Gesundheitsförderung 2go – Wissensimpulse für zwischendurch" der AGETHUR. Am 9. Juni 2022 von 9:00 – 12:00 Uhr wird Dr. Birgit Böhm, Leitung der Akademie für Partizipative Methoden am nexus-Institut für Kooperationsmanagement und interdisziplinäre Forschung, die Systemtheorie und das systemische Verständnis von Gesundheitsförderung interessierten Teilnehmenden näherbringen. Die Systemtheorie bietet ein Modell, um Komplexität und Wechselwirkungen im System "Netzwerk" zu verstehen, sich der eigenen Rolle bewusst zu werden und lösungsorientiert zusammenzuarbeiten.

Gesundheitsförderung 2go: Digitale Gesundheitskommunikation im Spannungsfeld zwischen Evidenzbasierung und Wissenschaftsleugnung

Die Ansprache und das Erreichen von Zielgruppen sind wichtigste Aspekte von gesundheitsförderlichen Projekten. Online- und Mobilmedien können dazu genutzt werden, schnell und einfach viele Menschen zu erreichen. Dadurch ist ein niedrigschwelliger Zugang zu evidenzbasierter Gesundheitskommunikation möglich, jedoch können sich auch Falschinformationen leicht verbreiten. Diesem Spannungsverhältnis müssen sich Akteur:innen bewusst sein und lernen, zum Beispiel dem Phänomen der Wissenschaftsleugnung adäquat zu begegnen. Am 7. Juli wird uns Dr. Paula Stehr vom Institut für Kommunikationswissenschaft und Medienforschung der Ludwig-Maximilians-Universität München die unterschiedlichen Aspekte von digitaler Kommunikation näherbringen. Freuen Sie sich darauf, die Möglichkeiten und Grenzen von mobiler Kommunikation in einem neuen "Wissensimpuls" kennenzulernen

Mehr zur Veranstaltung lesen Sie hier:

https://agethur.de/veranstaltungen/aktuelle-veranstaltungen



sowie die Funktionsweise digitaler Medien zu entdecken.

2. Thüringer Woche der pflegenden Angehörigen

Nach einem sehr erfolgreichen Start im vergangenen Jahr findet vom 04. bis 10.07.2022 wieder die Thüringer Woche der pflegenden Angehörigen (twpa) statt. Ziel der Woche ist es, Aufmerksamkeit auf die Pflege durch Angehörige zu lenken, Entlastungs- und Unterstützungsangebote vorzustellen, Informationen zu geben und Raum für Begegnungen zu schaffen. Alle Akteure, die etwas für und mit pflegenden Angehörigen anbieten möchten, sind herzlich eingeladen, sich zu beteiligen. Alle Veranstaltungen werden auf der Website www.twpa.de in einem Kalender und auf einer Landkarte veröffentlicht. Akteure, die sich in diesem Jahr noch nicht beteiligen, werden gebeten, auf die Aktionen hinzuweisen und so vielen pflegenden Angehörigen in Thüringen die Möglichkeit zur Teilnahme zu geben.

Organisiert und koordiniert wird die twpa von wir pflegen – Interessenvertretung und Selbsthilfe pflegender Angehöriger in Thüringen e. V.

Für Rückfragen steht Sigrun Fuchs sfuchs@th.wir-pflegen.net zur Verfügung.

4. AKTUELLES AUS DEN KOMMUNEN

Altenburg

AGATHE startet im Altenburger Land

Der Freistaat Thüringen fördert seit dem Jahr 2021 Kommunen, um ein aufsuchendes Beratungsangebot für alleinlebende Seniorinnen und Senioren ab dem Renteneintritt zu installieren. Zunächst läuft das Projekt bis Ende 2023 und soll perspektivisch verlängert werden. Das Altenburger Land setzt AGATHE gemeinsam mit dem Malteser Hilfsdienst e.V. um. AGATHE steht für: "Älter werden in der Gemeinschaft – Thüringer Initiative gegen Einsamkeit".

Gefördert wird die Finanzierung von Fachkräften aus dem Sozial- und Gesundheitsbereich, die auf Anfrage kostenfreie Hausbesuche machen und die Seniorin oder den Senior z.B. zu Themen wie Mobilität, hauswirtschaftlicher Versorgung, Pflege sowie zu Kurs-, Freizeit und anderen Angeboten in der Region beraten. Ziel ist es, dass die älteren Menschen im Landkreis befähigt werden, so lange wie möglich in der eigenen Häuslichkeit zu verbleiben, sich dabei gut selbst versorgen können und vor Einsamkeit geschützt sind.

Das Altenburger Land wurde für die Projektdurchführung in vier Regionen unterteilt. Möchte sich eine Seniorin oder ein Senior beraten lassen, kann sie, kann er sich direkt an die regional zuständige Beraterin wenden.

Zu Fragen rund um AGATHE stehen Nadine Körner vom Malteser Hilfsdienst e.V. als koordinierende Fachkraft sowie die Stabsstelle Strategische Sozialplanung im Landratsamt Altenburger Land zur Verfügung.



Bad Blankenburg

Fröbelstädter Senioren begrüßen den Frühling. Seniorenbeirat und Volkssolidarität der Stadt Bad Blankenburg feiern im Vereinshaus

Rund 40 Senioren haben sich jetzt im frühlingshaften geschmückten Saal des Bad Blankenburger Vereinshauses eingefunden, um gemeinKathrin Lorenz

Seniorenbeauftragte

sam mit dem Seniorenbeirat und der Volkssolidarität zu feiern. Bei Kaffee und Kuchen, frisch gebacken von den Mitgliedern, gab es neben wichtigen Informationen auch jede Menge Unterhaltung.

Auskünfte zur Thematik: Wie schütze ich mich vor falschen Anrufen oder dem Enkeltrick sowie falschen Polizisten gab es von Christine Wichert, Vorsitzende des Seniorenbeirates der Stadt. Betrüger nutzen gerne die Gutgläubigkeit von Senioren aus. Und bringen Rentner jedes Jahr um viel Geld, manchmal um ihre gesamten Ersparnisse. "An diversen Beispielen wurde den Senioren gezeigt, wie raffiniert solche Betrüger unseren älteren Bürgern das Geld aus der Tasche ziehen", so Wichert.

Die Bad Blankenburger Volkssolidarität rundete mit einem bunten musikalischen Frühlingsstrauß die Aktivitäten ab. So begrüßte man den Frühling mit passenden Liedern und lustigen Frühlingsgedichten. Die Sangesfreunde aus der Fröbelstadt beschäftigten sich ausgiebig mit der Vielfalt der schönen ersten Jahreszeit.

Alle Anwesenden wussten die Geselligkeit und die interessanten Gespräche mit Gleichgesinnten sehr zu schätzen. Die Zeit bis zum Aufbruch verging für die Senioren wie im Flug. Ein erster gelungener Auftakt war das nach langer Auszeit für gemeinsame Begegnungen durch die Pandemie. Die Senioren jedenfalls freuen sich schon auf das nächste Fest. Und das lässt bestimmt nicht lange auf sich warten.

Artikel erschien in der Ostthüringer Zeitung am 30.03.2022

Autor: Roberto Burian

Christine Wichert

Vorsitzende des Seniorenbeirates



Bleicherrode

Informationen aus Bleicherode

In Bleicherode wird in diesem Jahr des 200. Geburtstages von Prof. August Petermann gedacht. Der weltweit bekannte Geograf und Kartograf ist der wohl berühmteste Sohn unserer Stadt.

Bereits am 08.04.22 führte die Bleicheröder Grundschule, die seinen Namen trägt, mit Unterstützung des kommunalen Seniorenbeirates ein musikalisch-literarisch-sportliches Programm für die Senioren der Landgemeinde im Kino auf. Dieses wurde mit viel Beifall der Anwesenden bedacht. Und am Geburtstag Petermanns, dem 18.04., fand an dem für ihn vor einigen Jahren im Petermann-Park errichteten Gedenkstein eine Ehrung mit Gedenkrede des Bürgermeisters, einer Ausstellung über sein Wirken und dem Ablegen eines Blumengebindes statt.

Klaus Schweineberg

Vors. des Seniorenbeirates der Landgemeinde Stadt Bleicherode Weitere Veranstaltungen werden im Laufe des Jahres folgen.

Der Seniorenbeirat setzte auch in diesem Jahr seine Bemühungen um die Festigung unserer Landgemeinde fort und führte seine monatlichen öffentlichen Beratungen in mehreren Ortschaften durch. So weilten wir im März in Wernrode, im April in Kraja und im Mai in Nohra. Im Juni werden wir in Wolkramshausen zu Gast sein. Damit haben wir dann 11 unserer 14 Ortschaften besucht. Die restlichen drei sind auch noch in diesem Jahr an der Reihe. Immer stehen neben unseren Arbeitsthemen auch Ereignisse und Probleme der Ortschaften zur Debatte, und die jeweiligen Ortschaftsbürgermeister stellen uns ihre Heimatorte, oft auch mit Rundgängen, vor.

Da wir uns für dieses Jahr das Hauptthema "Mobilität" auf die Fahne geschrieben haben, nutzten wir eine entsprechende Information im letzten Newsletter und besuchten den Seniorenbeirat Stadtroda, um uns über die dortige Initiative zum Bürgerbus zu informieren. Wir bedanken uns an dieser Stelle nochmals für die freundliche Aufnahme und die erhaltenen Informationen bei Wolfgang Main und Jürgen Seifert. Sie haben uns bei unseren Bemühungen um eine ähnliche Aktion auch ihre weitere Unterstützung zugesagt. Nun werden wir in unserer Landgemeinde die nächsten erforderlichen Schritte für einen sicherlich noch langen und schwierigen Weg einleiten. Aber es hat sich wieder einmal eine alte Weisheit bewahrheitet: Erfahrungsaustausch ist die billigste Investition.

Hildburghausen

Ein Licht für dich!

Über eine leuchtende Aktion des Kreisseniorenbüros Hildburghausen und der Kreisdiakoniestelle Hildburghausen für die Kampagne "Wir altern GEM EINSAM":

Das Kreisseniorenbüro und die Kreisdiakoniestelle sagen Dankeschön!

Mit tatkräftiger Unterstützung von 20 Kindergärten aus dem gesamten Kreisgebiet entstanden 900 Windlichter für Seniorinnen und Senioren. Schon seit Jahresbeginn setzen wir uns mit unserer Kampagne "Wir altern GEM_EINSAM" für Begegnungen zwischen Jung und Alt ein. Hieraus entstand die Idee, Windlichter von Kindern für Senioren bemalen zu lassen. Mit einem Regenbogen, dem Zeichen der Hoffnung, sollen sie in die Herzen der älteren Generation leuchten.

Mit diesem Vorhaben sind wir auf große Zustimmung gestoßen. Alle Leiter*innen der ausgewählten Kitas gaben sofort ihr Okay, und in Teamarbeit mit den Erzieher*innen und Kindern entstanden "kunstvolle Unikate". Die Fotos zeigen, mit welchem Eifer und Freude die Kinder dabei waren.

Nun können die Hoffnungslichter an Seniorinnen und Senioren verteilt werden, die leider viel zu oft in Einsamkeit leben. Ein Begleitbrief erklärt, dass die Kinder für sie gemalt haben und sie nicht vergessen sind!

Wir danken allen Helfern: den Kindern, Eltern, den Leiter*innen/Erzie-

Heike Sittig

Kreisseniorenbüro Hildburghausen und

Michelle Komorowski

Kreisdiakoniestelle Hildburghausen.

her*innen, der Kita "Sonnenblume" Schönbrunn für die Beschaffung der E-Lichter, der Volkshochschule und Tafel Hildburghausen, dem Hospizverein "Emmaus" e.V. und vor allem Frau Heiderose Schönstein, die als ehemalige Fachberaterin Kitas Kontakte herstellte, die Gläser geliefert/abgeholt und Herzanhänger gebastelt hat.

Die Auftaktveranstaltung "Wir altern GEM_EINSAM" fand Mitte April in der Dreifaltigkeitskirche Eisfeld mit einem eindrücklichen Gottesdienst zum Thema "Einsamkeit" statt. Das Nachmittagsprogramm in der Wohnanlage Rosengarten Eisfeld gestaltete die Amateurbühne Hildburghausen zum Thema "Gemeinsam" hinein in den Frühling. An diesem Tag konnten bereits 100 Hoffnungslichter von den Besuchern mitgenommen und verteilt werden.

Dank auch dem Landkreis Hildburghausen, der das Projekt "Kreisseniorenbüro" über das LSZ Thüringen vorhält und dem Träger Diakoniewerk der Superintendenturen Sonneberg und Hildburghausen/Eisfeld e. V.

Beteiligte Kindertagesstätten:

Hildburghausen: Kindertagesstätte "Werraspatzen", integrative Diakonie-Kindertagesstätte "Die Farbkleckse", Kindertagesstätte "Parkmäuse", Evangelischer Kindergarten Emma-Scheller-Stiftung; Bedheim: Kindertagesstätte "Pfiffikus"; Veilsdorf: Kindertagesstätte "Unterm Regenbogen", Kindertagesstätte "Leitenstrolche"; Eisfeld: integrative Diakonie-Kindertagesstätte "Pfiffikus", Kindergarten "Kleine Weltentdecker"; Crock: Montessori Kindergarten "Waisaspatzen"; Brattendorf: Kindergarten "Wachbergknirpse"; Schönbrunn: Kindergarten "Sonnenblume"; Hinternah: Kindertagesstätte "Spatzennest"; Breitenbach: Kindertagesstätte "Vessertalwichtel"; Schleusingen: Kindergarten "Schleuseknirpse"; Themar: Kindertagesstätte Themar; Reurieth: integrative Kindertageseinrichtung "Sonnenschein"; Römhild: AWO Kindergarten "Charlottenheim"; Haina: Kindertagesstätte "Christian Heurich Haus"; Heldburg: Kindertagesstätte Heldburg





Licht verschenkt!

Nachdem die Kampagne der Kreisdiakoniestelle und des Kreisseniorenbüros Hildburghausen "Wir altern gemeinsam" mit der Aktion "Ein Licht für dich" Mitte April in Eisfeld gestartet wurde, erfolgte ab Ende April die Verteilung der 900 gebastelten Lichter in Einrichtungen der Altenpflege.

So überraschten beispielsweise die Kinder aus der Kindertagesstätte Hinternah die Bewohner*innen des Pflegezentrums "Bergkristall" in Waldau, der Awo-Kindergarten Eisfeld die Menschen im Seniorenzentrum "Am Thomasberg" in Eisfeld, und die Kita-Kinder aus Bedheim brachten ihre selbstgemalten Regenbogenlichter in die Theresien-Seniorenresidenz nach Leimrieth.

Ende April spazierten die Kinder aus der Kita "Sonnenblume" Schönbrunn zu "ihrem" Seniorenheim "Herbstsonne", denn die Kontakte zwischen den beiden Einrichtungen gibt es schon seit langem, so die Leiterin Anne-Kathrin Zepp. Die Kleinen erwiesen sich als fröhliche Botschafter unseres Anliegens: Jung und Alt zusammenzuführen. Mit ihren Liedern und Gedichten rund ums Osterfest und den Frühling zauberten sie allen Zuhörern ein Lächeln ins Gesicht, und so manche Träne der Rührung floss bei denen, die in diesem Moment vielleicht in ihre eigene Kindheit und Unbeschwertheit zurückversetzt wurden. Schön, dass auch Pfarrer Hannes Hofmann die Zeit fand, mit dabei zu sein.

Wir danken an dieser Stelle allen Pflegedienstleitungen, allen Pfleger*innen, Betreuer*innen, allen helfenden Händen, die sich um unsere älteren Menschen so liebevoll kümmern und die unsere Lichter der Hoffnung gegen die Einsamkeit nun immer wieder anzünden.

Heike Sittig

Kreisseniorenbüro Hildburghausen und

Michelle Komorowski

Kreisdiakoniestelle Hildburghausen.

Seniorenwegweiser Landkreis Hildburghausen erschienen

Nach zwei Jahren Arbeit ist es dem Team bestehend aus dem Landratsamt Hildburghausen, der Seniorenbeauftragten Marion Seeber, dem Frauenkommunikationszentrum und dem Seniorenbüro Landkreis Hildburghausen gelungen, einen tollen Seniorenwegweiser in einer Auflage von 1.500 Stück der Bevölkerung zu präsentieren. Der Seniorenwegweiser ist auch digital verfügbar. Handlich, überschaubar und ansprechbar für alle Bevölkerungsgruppen und nicht nur für Senioren.

Marion Seeber

Seniorenbeauftragte Hildburghausen

Vorankündigung des Seniorenbeirat Landkreis Hildburghausen

Am o8. September findet im Landkreis Hildburghausen der erste Seniorentag in der Zeit von 10:00 - 13:00 Uhr auf dem Marktplatz in der Kreisstadt Hildburghausen statt. Thema: Sag Ja zum Alter.

Marion Seeber

Seniorenbeauftragte Hildburghausen

Sömmerda

Rückblick und Ausblick: Seniorenbeirat der Stadt Sömmerda (SBS) zieht Bilanz mit dem Blick nach vor

Die letzte Sitzung des Sömmerdaer Seniorenbeirates im Dezember 2021 im Bürgerhaus "Altes Gutshaus" in Tunzenhausen (einem Ortsteil der Stadt Sömmerda) war geprägt von einer überaus positiven Bilanz; wohlwissend, dass nicht alle Vorhaben/Ideen realisiert werden konnten. Die Corona-Pandemie hat sich - wie fast überall - als scharfes Richtschwert erwiesen. Nichtsdestotrotz ist es das erklärte Ziel des SBS die erfolgreiche Arbeit in 2022 fortzusetzen. Die Anfänge sind gemacht. So gab es Anfang des Jahres die 1. Sitzung des SBS im Pfarrsaal der katholischen Gemeinde "Sankt Franziskus von Assisi", wo die ersten Aufgaben inhaltlich "abgesteckt wurden". Hier sei der Hinweis erlaubt, dass die Arbeitsberatungen im zwei monatlichen Rhythmus erfolgen - jeweils an anderen Tagungsorten; zudem gibt es bereits die Überlegungen die Arbeitsberatungen monatlich zu organisieren- ein Gebot der Stunde, um dem Anliegen des SBS noch besser gerecht werden zu können. Monatliche Sprechstunden für Senioren*innen im Sömmerdaer Rathaus sind ein traditionelles Muss, wobei es hier noch Reserven gibt! Wenn auch die 1. Sitzung des SBS mit einem "Paukenschlag" begann, nicht um das "Neue Jahr" 2022 gebührend zu begrüßen, sondern mit der schriftlichen Erklärung der bisherigen Vorsitzenden und Stellvertreterin ihre "Ämter" in dieser Funktion aus persönlichen Gründen sofort niederzulegen. Da war selbst der anwesende Bürgermeister (der sich regelmäßig der Arbeit des SBS durch seine Anwesenheit widmet) mehr als nur erstaunt, neben der "Schockwirkung" für alle anwesenden Mitglieder. Ein kurzes Durchatmen: die Arbeit wird fortgesetzt mit -zunächst einem amtierenden Vorsitzenden, der bereits für die 2. Sitzung des SBS - im Bürgerzentrum "Berta von Suttner" - 01.03.2022 - den "Hut auf hatte". Sehr umfangreiche inhaltliche Tagesordnungspunkte - unter Anwesenheit des Bürgermeisters, der zu Anfragen der verschiedensten Inhalte (Impflicht, Barrierefreiheit, Zuwegung, Verkehrssicherheit, Friedhofsicherung, Fuß- und Radwegsanierung u.a.) Antworten gab. Natürlich stand auch die Neustrukturierung des SBS auf der Agenda; aber auch die Überarbeitung der Geschäftsordnung und die Satzung des SBS zur Bestätigung durch den Sömmerdaer Stadtrat (die noch nicht abgeschlossen ist) standen zur Diskussion. Hinsichtlich der Öffentlichkeitsarbeit - ob mit Infoständen zu verschiedenen Angelegenheiten; Pressebeiträgen,-veröffentlichungen in der "Thüringer Allgemeinen" - regional Sömmerda oder aber im "Amtsblatt" der Stadt Sömmerda ist die Bilanz positiv zu bewerten; wobei die Thematik "Öffentlichkeitsarbeit" neu definiert werden sollte. Der SBS hat es sich auch auf "seine Fahne geschrieben" Dinge zu hinterfragen wie: Schlie-Bung der "Post-Filiale" oder aber Einschränkungen hinsichtlich des Services der Sparkasse Mittelthüringen in einem Sömmerdaer Stadtteil; eindeutig nachteilig für Menschen im fortgeschrittenen Lebensalter! Unvergessen die "Senioren-Foren" mit überwältigender Beteiligung zu den verschiedensten Themen "Wohnen im Alter"; "Sicherheit im Alter - Enkeltrick" u.a. Neuauflagen sind geplant "Pflege im Alter" oder "Mit Musik geht alles besser" in Zusammenarbeit mit der Stadt-/Kreismusikschule "W. Buchbinder" Sömmerda. Total unbefriedigend für den SBS ist die Besetzung einer*s Seniorenbeauftragten*r. Das Fazit: Die erfolgreiche Arbeit des SBS in enger Zusammenarbeit mit der Sömmerdaer Stadtverwaltung und den verschiedensten Gremien, Institutionen, Religionsgemeinschaften, Kirchgemeinden u.a. wird fortgesetzt als Interessenvertreter für Menschen im fortgeschrittenen Lebensalter.

Peter Klose
Mitglied des SBS

Stadtroda

Enkeltrick auch über Ländergrenzen

Jüngst ging eine Anfrage aus dem Landkreis Wolfen/Bitterfeld (Sachsen-Anhalt) beim Seniorenbeirat ein, ob in der dort ansässigen Seniorentagesstätte Infos zu kriminellen Machenschaften gegenüber Senioren vorliegen und an einem Vormittag darüber berichtet werden könnte.

Da die Tagesstätte nicht weit vom Wohnort meiner Mutter entfernt ist, habe ich als Sicherheitsberater in diesen Angelegenheiten spontan zugesagt. Ausreichend Informationen und Materialien haben Diethard Lumpe und ich reichlich im Seniorenbüro.

Da die Tricks und Gaunereien nicht an Ländergrenzen halt machen und die Zielgruppe überall leider die gleiche ist, wurde der Vormittag zu einer echten Bereicherung für beide Seiten.

Auch im SHK hat die VHS/SHK wieder dieses Thema in den Halbjahresplan 2022 aufgenommen.

Diethard Lumpe und Wolfgang Main werden bei Anmeldung in der VHS ihr Wissen und Erfahrungen den Seniorengruppen im SHK vor Ort zu Gute kommen lassen, Beispiele gibt es leider genug.

Wolfgang Main

Sicherheitsberater im Seniorenbeirat SRO

Seniorenbeirat übergibt Tauschregalspende an MGH "Blitz e.V."

Seit 2 Monaten gibt es unsere Tauschregale in der Stadt, die unterschiedlich angenommen werden. Bestens läuft es in der Neustadt (am Freshmarkt) und am MGH "Blitz e.V." Dank an dieser Stelle an die Betreuer Veronika, Katha und Doreen. Zur weiteren Bestückung des Regals am MGH (Krabbelgruppe und Co.) wurde durch den Vorsitzenden des Seniorenbeirats eine Spende bestehend aus Kinderspielzeug und Kinderbüchern übergeben. Nicht so gut läuft es in der Altstadt (Treppenaufgang zum Markt), da die betreuende Familie vor hat, Stadtroda zu verlassen. Es wurden wiederholt viele unbrauchbare Gegenstände eingelagert, die auch den Anblick in ein schlechtes Licht rücken. Der Seniorenbeirat hat in seiner Sitzung am 17.5.22 beschlossen, das Regal in die Betreuung des Seniorenbeirates zu nehmen. Sonja Fiedler vom Seniorenbeirat wird die Betreuung übernehmen. Trotzdem wurde nochmals die Bitte an alle Tauschfreudigen herangetragen die Benutzungsordnung zu lesen am Regal und nur wiederverwendbare Sachen anzubieten. Vielen Dank an alle "Geber" und "Nehmer", die die Tauschregalaktion mit Leben erfüllen.

Seniorenbeirat Stadtroda und MGH "Blitz e.V."

NEWSLETTER, Ausgabe Mai 2022

Redaktion: Dr. Jan Steinhaußen, Robert Nagel, Viktoria Kißlinger Gestaltung: Viktoria Kißlinger

Nächster Newsletter: August 2022 Redaktionsschluss: 13.08.2022

www.landesseniorenrat-thueringen.de



Thüringer Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie Postfach 90 03 54 · 99106 Erfurt

Landesseniorenrat Thüringen Schillerstraße 36 99096 Erfurt

Zu Ihrer Nachfrage zu Besuchsregelungen in Einrichtungen der Pflege und der besonderen Wohnformen für Menschen mit Behinderungen in der Eingliederungshilfe nach dem Thüringer Wohnund Teilhabegesetz (ThürWTHG)

Sehr geehrte Frau Hauschild, sehr geehrter Herr Steinhaußen,

zunächst möchte ich mich für Ihre Stellungnahme vom 18. Januar 2022 zum Erlass der TMASGFF zu Besuchsverboten bedanken. Gern möchte ich auf die von Ihnen aufgeworfenen Fragen eingehen.

Ich teile Ihre Auffassung, dass bei der Anordnung von Besuchsverboten in Einrichtungen nach dem Wohn- und Teilhabegesetz nicht nur der Gesundheitsschutz, sondern auch die sozialpsychologischen Belange der Bewohnerinnen und Bewohner zu berücksichtigen sind. Auch deshalb hat sich das TMASGFF bewusst gegen ein allgemeines Besuchsverbot entschieden.

In Ihrem Schreiben merken Sie aber auch an, dass für Sie einige Punkte im Erlass des TMASGFF zur Anordnung von Besuchsverboten in Einrichtungen der Pflege und der besonderen Wohnformen für Menschen mit Behinderungen in der Eingliederungshilfe nach dem Thüringer Wohn- und Teilhabegesetz (ThürWTHG) vom 20. Dezember 2021 unklar sind. Auf diese möchte ich im Folgenden gern eingehen:

Ihre erste Nachfrage betrifft den Begriff "allgemein". "Allgemein" ist ein unbestimmter Rechtsbegriff. Er ist im konkreten Kontext dahingehend zu verstehen, dass ein etwaiges Verbot an alle betroffenen Personen gleichermaßen gerichtet wäre. Abzustellen ist daher nicht auf eine örtliche Dimension innerhalb einer Einrichtung, sondern auf den Adressatenkreis des Besuchsverbots. Ein allgemeines Besuchsverbot läge demnach vor, wenn es allen Pflegeeinrichtungen in Thüringen grundsätzlich untersagt wäre, Besuche zu gestatten und allenfalls ausnahmsweise Besuche zuzulassen.

Die Staatssekretärin

Ines Feierabend

Ihr/e Ansprechpartner/in: Herr Haß

Durchwahl:

Telefon +49 (361) 57-3811205 Telefax +49 (361) 57-3811800

VZ StS@tmasgff.thueringen.de

Ihr Zeichen:

Ihre Nachricht vom:

Unser Zeichen: (bitte bei Antwort angeben) 24-2352/28-1-17802/2022

Erfurt 19. April 2022



Thüringer Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie Werner-Seelenbinder-Straße 6 99096 Erfurt

www.thueringer-sozialministerium.de

E-Mail-Adressen dienen im TMASGFF nur dem Empfang einfacher Mitteilungen ohne Signatur und/oder Verschlüsselung.

Die Datenschutzinformation des TMASGFF können Sie unter http://www.thueringen.de/th7/tmasgff/datenschutz/ abrufen. Auf Wunsch übersenden wir Ihnen eine Papierfassung Weiterhin erkundigen Sie sich danach, was unter dem Begriff "regelhaft" zu verstehen sei. Regelhaft meint in Bezug auf den Erlass, dass Verordnungen oder Allgemeinverfügungen keine allgemeinen Besuchsverbote vorsehen.

Eine weitere Frage betrifft den Begriff des "aktuellen Infektionsgeschehens". Grundsätzlich sind die Gesundheitsämter gem. § 28 Infektionsschutzgesetz (IfSG) bei jeder auftretenden übertragbaren Krankheit verpflichtet, die notwendigen Schutzmaßnahmen anzuordnen, weshalb auch bei anderen Infektionskrankheiten Besuchsverbote grundsätzlich denkbar wären. Mit Bezug auf den von Ihnen angesprochenen Erlass ist allerdings zu beachten, dass dieser zur Ausformung des § 21 Abs. 1 Satz 2 ThürSARS-CoV-2-IfS-MaßnVO vom 24. November 2021 (GVBI. S. 565) ergangen ist. Er bezieht sich deshalb seinem Inhalt nach nur auf ein durch das SARS-CoV-2 Virus verursachtes Infektionsgeschehen, welches zum Zeitpunkt seiner Bekanntmachung durch die vierte Infektionswelle infolge der Delta-Variante geprägt war.

Die erwähnten Empfehlungen zur Wiederzulassung nach § 34 IfSG sind in dem von Ihnen beschriebenen Kontext nicht einschlägig, da diese sich auf Gemeinschaftseinrichtungen nach § 33 IfSG beziehen, also Einrichtungen, in denen vorwiegend Kinder und Jugendliche betreut werden (z.B. Schulen, Kitas).

Wie eingangs bereits erwähnt, stimme ich mit Ihnen darin überein, dass Besuchsverbote nicht allein den Aspekt des Gesundheitsschutzes berücksichtigen dürfen, sondern dieser mit weiteren Belangen, insbesondere sozialpsychologischen Aspekten, abzuwägen ist. Dabei darf aber nicht außer Acht bleiben, dass es nicht nur um die Rechtsgüter einzelner Bewohnerinnen oder Bewohner geht, sondern die Rechtsgüter aller Bewohnerinnen und Bewohner sowie der Beschäftigten und dem Allgemeininteresse an einem funktionierenden Gesundheitssystem zu berücksichtigen sind. Daher kann im Einzelfall auch die Anordnung eines Besuchsverbotes durch das zuständige Gesundheitsamt geboten sein.

Auf den bei freiheitsentziehenden Maßnahmen geltenden Richtervorbehalt kommt es bei der Anordnung von Besuchsverboten nicht an. Die Freiheit der Person nach Art. 2 Abs. 2 Satz 2, 104 GG schützt die körperliche Bewegungsfreiheit. Eine Freiheitsentziehung liegt aber nur dann vor, wenn die körperliche Bewegungsfreiheit nach allen Seiten eingeschränkt ist. Das trifft aber auf Besuchende, die ansonsten jeden beliebigen rechtlich und tatsächlich zugänglichen Ort aufsuchen können, nicht zu; Freiheitsbeschränkungen, also das Recht einen bestimmten Ort aufzusuchen, unterliegen hingegen keinem Richtervorbehalt. Ebenso wenig liegt hinsichtlich der zu Besuchenden eine Freiheitsentziehung vor, da diese von Rechts wegen nicht gehindert sind, die Einrichtung zu verlassen und etwa im öffentlichen Raum entsprechende Besucher:innen zu treffen.

Zu Ihrer Frage, wer die notwendigen Abwägungen vornimmt, ist folgendes auszuführen: Adressat des Erlasses sind die Landkreise und kreisfreien Städte als untere Gesundheitsbehörden (Gesundheitsämter). Die Anordnung von Schutzmaßnahmen ist eine Ermessensentscheidung des zuständigen Gesundheitsamtes. Im Rahmen dieser Ermessensentscheidung sind die genannten Abwägungen auf Basis der geltenden Rechtslage vorzunehmen. Hierzu gibt der vorliegende Erlass den Handlungsrahmen vor.

Abschließend gehen Sie noch auf die im letzten Absatz des Erlasses aufgezählten Ausnahmen ein: Der Ziffer 1 Buchstabe a. stellt auf die Verhältnisse einer konkreten Pflegeeinrichtung ab, sodass das Vorliegen der Voraussetzungen jeweils für diese Einrichtung zu prüfen ist. Ziffer 2 stellt auf den Landkreis oder die kreisfreie Stadt ab und umfasst nur bestimmte Fälle, in welchen eine neue Virusvariante mit deutlich verminderter Impfeffektivität festgestellt ist. Hierbei ist festzustellen, dass dies nach derzeitigem Wissenstand nicht auf Omikron zutrifft. Ziffer 3 Buchstabe d. stellt auf ethisch-sozial angezeigte Besuch ab.

Ich hoffe, ich konnte Ihre aufgeworfenen Fragen zu Ihrer Zufriedenheit beantworten. Seien Sie gewiss, dass bei der Anordnung eines Betretungsverbotes die Gesundheitsämter bestrebt waren, zum Wohle der Gemeinschaft zu entscheiden und dabei die Interessen der Bewohner:innen der jeweiligen Einrichtungen mit der gebotenen Sorgfalt berücksichtigen.

Abschließend darf ich Sie noch darüber informieren, dass der hier gegenständliche Erlass vom 20. Dezember 2021 am 13. April 2022 aufgehoben wurde. Darüber hinaus sieht die ThürSARS-CoV-2-IfS-MaßnVO vom 18. März 2022 in der Fassung der Thüringer Verordnung zur weiteren Anpassung der Infektionsschutz Regeln zur Eindämmung der Ausbreitung des Coronavirus SARS-CoV-2 vom 1. April 2022 auch keine Ermächtigungsgrundlage mehr vor, wie es bei § 21 Abs. 1 Satz 2 ThürSARS-CoV-2-IfS-MaßnVO vom 24. November 2021 noch der Fall war.

Mit freundlichen Grüßen

Ines Feierabend